

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: Erst Jahrgang monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark. Einzelheft 10 Pfennig. Adressen: Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G., Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G., Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G.

Bezugspreis: 15 Pfennig für den Württembergische und Spalte, 70 Pfennig für Restorte im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G., Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G., Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G.

Bezugspreis: 15 Pfennig für den Württembergische und Spalte, 70 Pfennig für Restorte im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G., Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G., Halle, Buchhandlung für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. G.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 12. Januar 1927

7. Jahrgang \* Nr. 9

## Um was es geht

An alle Werttätige!

Die Beschlüsse des Kongresses der Werttätigen haben begeistertem Jubelherbe gefunden bei Millionen der deutschen Arbeiterklasse, die Forderungen des Kongresses sind in die Kreise des werttätigen Mittelstandes eingedrungen und haben auf dem Lande große Massen um sich geschart. Die rote Klassenfront aller Ausgeborenen und Unterdrückten bildet sich im Kampfe gegen das Trust- und Finanzkapital und seine Regierung.

Die politische und wirtschaftliche Perspektive, die der Kongreß gegeben hat, hat sich als vollkommen richtig erwiesen. Die imperialistische Politik der Großmächte führt zu neuen Zusammenstößen und Abenteuer. Die Vereinigten Staaten schicken Kriegsschiffe nach Nicaragua, der englische Imperialismus hat in Ostafrika die Faschisten zur Regierung gebracht und leitet einen neuen Feldzug gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern ein. Der Vorkrieg in Ostafrika ist ein Glied in der Kette, durch die Sowjet-Rußland erschaffen werden soll. Der Völkerverbund zeigt seinen wahren Charakter als Instrument der englischen imperialistischen Kriegspolitik immer deutlicher, wie dies selbst die „Leipziger Volkszeitung“ festgestellt hat. Der Entschuldigungsmanöver der sozialdemokratischen Zeitungen über „Sowjetkranien“ dient nur dem Zweck, die Arbeiter zu verwirren und die imperialistische Kriegspolitik zu unterstützen. Damit geben die führenden sozialdemokratischen Politiker endgültig ihre pazifistischen Redensarten preis und stellen sich offen in die Reihen der imperialistischen Kriegsheer.

Der Reichsausschuß der Werttätigen fordert alle schaffenden Schichten in Stadt und Land, die Arbeiter und Arbeiterinnen in Betrieben und Gewerkschaften auf, in mächtigen Massenunterstützung Stellung zu nehmen gegen die drohende Kriegsepoche. Die Politik der Großen Koalition und des Bürgerblocks in Deutschland läuft hinaus auf eine offene Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik.

Große Koalition bedeutet Verhinderung des Kampfes um den Achtstundentag.

Mit verärrter Wacht steht das konzentrierte Trustkapital in Deutschland seinen Hebeln für Verhinderung der Ausbeutung fort. Die Arbeitslosenmassen schwellen erneut an, die Zahl der Ausgestoßenen wächst von Woche zu Woche, das Massenelend wird immer unerträglicher. Die Berliner Arbeitslosenfrage hat in der ersten Woche des neuen Jahres die höchste Ziffer des Jahres 1926 überschritten.

In dieser Situation ist die Zurückeroberung des Achtstundentages die gebieterische Pflicht der deutschen Arbeiterklasse. Der Reichsausschuß der Werttätigen fordert die Arbeiter in den Betrieben auf, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Gewerkschaften den Kampf um den Achtstundentag auszumachen. Es ist Pflicht der deutschen Gewerkschaften, ihre ganzen Kräfte einzusetzen, um dieses nächstliegende und wichtigste Kampziel zu erreichen. In diesem Kampfe muß und wird sich die Einheitsfront aller Werttätigen bilden.

Anstatt diese Einheitsfront mitzubilden zu helfen, ist der sozialdemokratische Parteivorstand dazu übergegangen, sozialdemokratische Delegierte zum Kongreß der Werttätigen auszuscheiden und einige Gewerkschaftsverbände haben Ausschlußverfahren eingeleitet gegen Kollegen, die sich für die Beschlüsse des Kongresses der Werttätigen eingesetzt haben. Der Reichsausschuß fordert die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, durch

Massenprotest gegen diese Ausschüsse

Stellung zu nehmen. In allen Betrieben und Gewerkschaften muß unser Kampfprogramm auf die Tagesordnung gestellt werden.

Werttätige in Stadt und Land, tretet heran an die örtlichen Vorstände der Arbeiterorganisationen und fordert sie auf zur Mitorganisation von gemeinsamen Massenunterstützungen gegen die Große Koalition und Bürgerblock-Regierung, gegen Vorbereitung neuer kriegerischer Abenteuer, für die Aufhebung des Reichstages und den geschlossenen Kampf um den Achtstundentag, um höhere Löhne und Arbeit für Arbeitslose.

Auf, zum Kampfe gegen die Politik des Imperialismus und der Großen Koalition, die zu einem neuen Kriege, zur weiteren Verelendung der Arbeiterklasse führen muß.

Kampfl für den Achtstundentag!

Fordert in mächtigen Massenunterstützungen die Aufhebung des Reichstages!

Schmeißt die rote Klassenfront aller Werttätigen in Stadt und Land!

Reichsausschuß der Werttätigen

J. A. Fritz Sekret. Georg Ledebauer, Ferdinand Schred.

## „Volksregierung“ – Volksbetrug!

Die SPD-Führer taufen die Große Koalition in „Volksregierung“ um

Was bleibt vom Klassenkampf, wenn die Klasse und der Kampf fehlen?

Berlin, 11. Januar.

Die geringen Aussichten, die selbst ein Teil der bürgerlichen Rechtspreß für die „Betrugung Curtius“ einer Regierung zu bilden zu schreiben, veranlassen das sozialdemokratische Zentralorgan zu einer neuen „schlichten Initiative“ für die „Volksregierung“, das heißt für eine Regierung der offenen oder stillen Koalition. Der „Vorwärts“ erklärt dazu mit einer frechen Verhöhnung der Arbeiter seiner Partei, es sei zweifellos, daß die Reichstagsopposition sich der Haltung des Parteiausschusses (der bekanntlich gestern sich neuerdings zum Eintritt in die Regierung gerade im Augenblick der „Betrugung Curtius“ bereit erklärte) anschließen werde. Die gleiche Reichstagsopposition, die vor den Feiertagen gemungen war, unter dem Druck der Arbeiter das bekannte Schein-Vertrauensvotum einzubringen. Der „Vorwärts“ schreibt: „Daß die Reichstagsopposition der Haltung des Parteiausschusses zweifellos anschließen wird, ist jetzt schon die Frage der Verantwortung für den Ausgang der Regierungsbildung. Es wird nicht an der sozialdemokratischen liegen, wenn die Bildung einer Regierung unterbleibt, die seit auf dem Boden der republikanischen Verfassung steht, die die Vertretung der Rheinlande weiter fortführt, die Reichswehr unter Ausschaltung einer halb-jährigen Besatzung auf ihre rein militärischen Aufgaben beschränkt und den Achtstundentag wieder herstellt. In einer solchen Volksregierung einzutreten, wird von der Sozialdemokratie mit allen Kräften angelehrt, sie zu fördern mit allen Mitteln ist die Sozialdemokratie bereit.“ Dazu hat der „Vorwärts“ noch die Stirn, den Kuhhandel um die Regierungsbildung zwischen den bürgerlichen Fraktionen als – „Klassenkampf“ zu erklären. Er schreibt: „Was sich um die Regierungsbildung abspielt, ist nichts anderes, als ein in veränderten modernen Formen sich vollziehender Klassenkampf. Es ist eben auf der rechten und bei einem Teil der Mittelklassen noch immer die Tendenz vorhanden, den Aufstieg der Arbeiter zur Gleichberechtigung zu unterbinden.“

Diese selbst für sozialdemokratische Verhältnisse beispiellose Ver-

fälschung der Massen, die Zugriffe, die sie erhalten als Ergebnis des sozialdemokratischen Überlandes, als ein Resultat des Klassenkampfes hinzuzurechnen, auf den die Sozialdemokratie nicht nur verzichtet, in dem sie vielmehr zugunsten der Bourgeoisie eingreift, wird nicht verhehlen, die Arbeiter auf dem Wege der Selbstentwicklung weiterzutreiben, auf dem sie sich in händlichem Vornehmisse befindet. Sie werden allerdings beweisen, daß auch die Regierungspolitik nur verhängnisvoll ist, weil trotz der sozialdemokratischen Kapitulation der Klassenkampf sich ständig verhärtet.

„Stülgekandidat! Rechts um!“

(Eig. Draft.) Berlin, 12. Januar.

Ueber den Stand des Schachens um die Regierungsbildung wird bekannt, daß Hindenburg, auch im Falle des Scheiterns der Wilson Curtius, einen Rechtsblöck in offene oder verärrter Form bilden lassen werde. Die bürgerliche Klasse und die Demokrateen unterstützen objektiv diese Absichten. Während das Zentrum sich auf der Deutschen Seite befindet und heute neuerdings zu Curtius Stellung nehmen will, hat die jämmerliche demokratische Partei erklärt, daß sie abwarten wolle, ob Curtius mit Zentrum und Deutschnationalen zu einer Einigung gelangt.

Der „Vorwärts“ wiederholt in dieser Lage trotz der bisherigen Zugriffe auch getreu abend wieder seine unterwürfige Bereitschaft, auf jeden Fall in eine Koalitionsregierung einzutreten.

Heute wird Curtius zur besseren Stimmungsmache mit den Gewerkschaften verhandeln. Die „Germania“ gibt gleichzeitig bekannt, daß in gewissen Reichsteilen die Absicht bestehe, nötigenfalls die kleine Reichsregierung zu bilden, die auf Grund des § 48 der Reichsverfassung zu ermächtigen, ein neues Wahlgesetz zu machen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Gleichzeitig berichtet der „Vollansteiger“, daß jedenfalls beschlossen sei, den Zusammenritt des Reichstages für den 19. Januar nicht erfolgen zu lassen, wenn nicht eine regierungsfähige Mehrheit bis dahin zustande gekommen sei, jedenfalls eine Vertagung über den von den Feiertagen beschlossenen Termin hinaus vorzunehmen.

## Neuer Betrug an den mitteldeutschen Bergarbeitern

Die Bergarbeiter haben in der Arbeitszeit-Kommission kein Stimmrecht

(W.Z.) Berlin, 11. Januar.

In der Aussprache im Reichsarbeitsministerium am 10. Januar verhandigten sich die Tarifparteien grundätzlich über die Zusammenlegung und den Aufgabenskreis der von der Sachverständigenkommission am 23. Dezember 1926 vorgelegten Kommission zur Untersuchung der Möglichkeit einer Verletzung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die Ernennung des Vorkommens durch das Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium steht unmittelbar bevor. Als unparteiische Zeugen haben sich die Tarifparteien auf die Herren Professoren Späcker, in Breslau, und Brauer, in Karlsruhe, geeinigt. Ergänzt wird diese Kommission durch je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als sachverständiges Mitglied ohne Stimmrecht. Die Kommission soll ihre Arbeiten alsbald aufnehmen und bis zum 15. März zum Abschluß bringen.

In dem von der Bergarbeiterverbandsbureaukratie zur Annahme empfohlenen Schlichtungsbericht vom 23. Dezember 1926 war eine Verletzung des § 48 der Reichsverfassung im April 1927, eine Kommission die Frage bearbeiten solle, ob eventuell eine Verletzung der Arbeitszeit, wogegen, unter die zwölf Stunden, möglich sei. Die Arbeiterklasse weiß, was sie von solchen Verhandlungen zu halten hat. Aber darüber hinaus bedeuten die Ernennung, daß freundschaftlich dabei sein und Ausschlag geben. Die Bergarbeiterfrage soll dann wiederum still und geduldig die Beschlüsse dieser „unparteiischen“ Kommission hinnehmen.

Es ist klar, daß die W.Z.-Anzeigen der Kommission letzten Endes dieses Recht zu sprechen werden, wie sie auch die Verbindlichkeitsklärung des Dezember-Ergebnisses als unüberwindlich ansehen. Deshalb muß schon heute die Bergarbeiterfrage auf die Tagesordnung gestellt. Sie muß verheißt diese Frage auf die Tagesordnung stellen. Sie muß ihrerseits der proletarischen Presse Material liefern über die

Arbeitszeitfrage im Bergbau und zu allen von der Kommission aufgeworfenen Fragen öffentlich Stellung nehmen nur in ihrem proletarischen Klasseninteresse.

Die KPD zeigt den Weg!

Mansfeld, 11. Januar.

In der letzten Reichstagsdebatte des Mansfelder Gebirgsgebietes wurde einstimmig eine Entschickung angenommen, die das preussische Staatsministerium u. a. erludt um Maßnahmen zur Verhinderung der ungeheuren Ausbeutung der Mansfelder Arbeiter durch die Mansfeld A.G., eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden anzuwenden, die Mansfeld A.G. zu entsprechenden Wiedereinstellung heranzuziehen, die Preisverhinderung zur Ausbeutung im Mansfelder Gebirgsgebiet ist eine direkte Folge der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Mansfelder Konzern. Sie veranlaßt die Vertreter der Gemeinden zur Suche nach einem Auswege. Je mehr sie nachdenken und nach einem Auswege suchen, um so weniger können sie sich dem Einfluß der kommunistischen Lösung, der Einheitsfront der Werttätigen, entziehen.

An ihre Leser werden sich nach an den Antrag erinnern, den die Genossen Labemann und Klion vor mehreren Monaten im Landtag eingereicht haben. Die gegenwärtige Aktion stellt eine folgerichtige Fortsetzung der schon zur Zeit des Volksentwerfes begonnenen Kampagne dar. Die kommunistische Partei ergreift die Initiative, um die Lage der Werttätigen im Mansfelder Gebiet zu verbessern. Die Tatsache, daß die Vertreter der übrigen Parteien sich gezwungen gesehen haben, die Mansfelder Gebirgsdebatte mitzumachen, spricht für sich. Das Elend der gesamten Bevölkerung im Mansfelder Gebirgsgebiet ist eine direkte Folge der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Mansfelder Konzern. Sie veranlaßt die Vertreter der Gemeinden zur Suche nach einem Auswege. Je mehr sie nachdenken und nach einem Auswege suchen, um so weniger können sie sich dem Einfluß der kommunistischen Lösung, der Einheitsfront der Werttätigen, entziehen.

Ründigung in der Lausitzer Tuchindustrie

Roths, 11. Januar.

Der Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie hat beschlossen, am nächsten Donnerstag sämtlichen Arbeitern zu kündigen.







## Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Jahre 1926

### 3200 rationalisierte Arbeiter und Angestellte - Steigerung der Förderleistung - Wertsteigerung - Profitsteigerung

Salle, 12. Januar.

Der Kampf um den Existenzkampf im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist durch den bekannten schiedsgerichtlichen Entscheid und durch die kampflöse Kapitulation des Bergarbeitersverbandes auf Monate hinaus verschoben worden. Wollen wir erreichen, daß bis Ende März eine solche Kampfstimmung unter den Massen entsteht, die die Wiederholung einer neuen Anbelagerung der Arbeiterseite unmöglich macht, dann gilt es, die Massen, vor allem aber unsere ABZ-Funktionäre, über die Lage des Braunkohlenbergbaus gründlich aufzuklären. Dies um so mehr, als der Bergarbeitersverband in dieser Beziehung die elementarsten Pflichten der Gewerkschaften nicht erfüllt. Von einer wirtschaftlichen Fortschrittsarbeit, deren Aufgabe darin besteht, das Märchen vom notleidenden Braunkohlenkapital gründlich zu zerstreuen, ist keine Rede. Um so mehr ist es Aufgabe der revolutionären Arbeiterkraft, das Material zusammenzutragen und die Geheimnisse der Profitwirtschaft im Braunkohlenbergbau zu entziffern.

Eigentlich genügt schon das, was die Unternehmer selbst in ihrer Presse zugehen, wenn man versteht, zwischen den Zeilen zu lesen. So kann ohne weiteres festgestellt werden, daß die Förderung pro Mann und Schicht im Jahre 1926 weiter gestiegen ist.

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 6. Januar gibt ein Artikel einen Ueberblick über die Entwicklung der Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland. Er stellt fest, daß die Braunkohlenförderung im Jahre 1926 mit 95,8 Millionen Tonnen die Förderung des Vorjahres (97 Millionen Tonnen) nicht erreicht hat. Der gleiche Aufschwung hält aber auch fest, daß

**im Januar 1926 80 900 Arbeiter, im Oktober 1926 78 200 Arbeiter**

vorhanden waren. Die Zahl der Arbeiter wurde demnach nach den eigenen Angaben der Unternehmer um 2700 verringert. Aus diesen Angaben können wir folgende Schlüsse ziehen: Wenn die Förderleistung auf der gleichen Höhe geblieben wäre, wie im Laufe des Jahres 1925, d. h. 120 Millionen, dann hätte der Rückgang der Förderung 3 294 000 Tonnen betragen müssen. Da aber der Rückgang der Braunkohlenförderung nach den eigenen Angaben der Unternehmenspresse nur 12 Millionen Tonnen ausmacht, so ergibt sich daraus, daß die Mehrleistung der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter mindestens 21 Millionen Tonnen ausgemacht hat. Das ergibt pro Kopf eine Mehrleistung von mindestens 26 Tonnen pro Jahr.

Bei diesen Angaben muß berücksichtigt werden, daß sie erstens nur auf Grund des kapitalistischen Zahlenmaterials berechnet wurden und daß die Zahlen in Wirklichkeit wahrscheinlich viel höher liegen. Zweitens hat die Rationalisierung schon im Jahre 1925 sich in der besten Weise ausgemacht, so daß aus der Arbeiterseite unter geradezu unmenhlichen Verhältnissen Höchstleistungen herausgepreßt wurden.

Die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten ging von 7900 auf 7500 zurück.

### Die Abfahrschalen kein Maßstab der Profite

Die Abfahrschalen sind kein Barometer der tatsächlichen Profite des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus. Die Profite erheben sich nicht allein aus der Förderung und aus dem Absatz von Kohle. Der entscheidende Faktor der Profitwirtschaft macht vielmehr die Verarbeitung von Braunkohle aus. Da ist zunächst zu nennen, daß die Bruttoerzeugung mit 24,6 Millionen Tonnen die Produktion von 1925 (24,3 Millionen Tonnen) bedeutend übersteigt. Das heißt, die Fall bei der Kohlerzeugung, die um 10 Prozent die vorjährige übersteigt. Es ist ohne weiteres klar, daß diese Entwicklung zu einer Wertsteigerung der Braunkohle führt. In noch stärkerem Maße wird dieser Prozeß der Wertsteigerung der Braunkohle durch die chemische Verarbeitung befördert. Die gesamte Entwicklung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus zeigt im Zeichen der

### Braunkohlen-Chemie

Im Laufe des Jahres 1926 ist die Anlage der Kohlenveredlungs-GmbH. auf Grube Leopold bei Eberitz in Betrieb genommen worden. Der dort gebaute Ofen lieferte bei einem Durchsatz von 100 Tonnen Rohbraunkohle täglich 25 Tonnen Schwefelsäure und 10 Tonnen Schwefel. Der Schwefel wird in eigener Destillation auf Reiböl, Treiböl, Paraffinöl usw. verarbeitet. Nach den guten Ergebnissen, die vorliegen, wurden drei weitere Schwefelöfen sowie eine Gas-Benzinanlage errichtet. Man rechnet damit, daß täglich 100 Tonnen Schwefelsäure, 40 Tonnen Schwefel und 1000 Kilogramm Braunkohlenbenzol gewonnen werden.

Weiter wird der Bau eines noch größeren Braunkohlen-Schwefel-Anlage auf der Grube Wina in Anna bei Weiskand geplant. Sinter der Anlage der Kohlenveredlungs-GmbH. steht bekanntlich die AG. einer der mächtigsten deutschen Konzerne.

Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“, der wir die obigen Angaben entnehmen, mittelst, soll mit Hilfe des in Eberitz erzeugten hochwertigen Braunkohlen-Schwefelgas die

### Braunkohlen-Gasverwertung

ausgenutzt werden. Die Braunkohlen-Gas-Verwertung wird aber eine Kampfstimmung gegen das westdeutsche Kohlenkapital, das bei seinen Gasverwertungsplänen Mitteldeutschland unbedingt in seinen Einflußbereich einbeziehen will.

Ueber die Braunkohlen-Gasverwertung im Leuna-Weitz haben wir schon oft genug berichtet.

Was ergibt sich daraus für die Zukunft? Die Braunkohlen-Chemie ermöglicht nicht nur eine Preissteigerung, sondern eine Wertsteigerung der Braunkohle. Das bedeutet, daß der Zukunftsperspektive der Braunkohlenkapitalisten sich um das Drei- bis Vierfache erhöhen wird und daß diese Erhöhung eine dauernde sein wird, daß sie nicht den Schwankungen der Preise auf dem Markt unterworfen ist.

Diese Tatsachen werfen ihre Schatten schon voraus. Die Aktion der mitteldeutschen Braunkohlen-Unternehmungen steigen von Woche zu Woche.

Wenn alle diese Tatsachen unter den 80 000 Braunkohlenarbeitern Mitteldeutschlands bekannt werden, so wird es keinen Scheiterspruch, keiner Verbindlichkeitsklärung und keiner Verbandsbureaustatistik gelingen, sie vom Kampf um höhere Löhne und um den Achtstundentag zurückzuhalten.

### Eine neue Kalkalpetervabrik des Chemietrusts in Mitteldeutschland

Wie die bürgerliche Presse meldet, kann die I. G. Farbenindustrie die vor Jahresfrist gefaßte Braunkohlengrube „Concordia“ bei Nachterstedt infolge Wassermangels nicht für das Celgeninnungsgeschäft nutzbar machen. Die Celgeninnung soll daher ausschließlich in den Bannweirern durchgeführt werden. Die I. G. beabsichtigt, die Grube „Concordia“ für eine andere Erfindung auszunutzen.

Des weiteren wird berichtet, daß im Anschluß an die Bauarbeiten der Wa einer Kalkalpetervabrik beschäftigt wird. Im Anschluß an diese beiden Projekte beantragt der Chemietrust die Konzession auf Entnahme von jährlich 18 000 Kubikmeter Wasser aus der Saale zu erweitern.

### Der Konkurrenzkampf der Trusts geht weiter

Ein Teil der bürgerlichen Presse, „Börsische Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, lanciert journalistische Nachrichten, daß der Ruhrbergbau Verhandlungsverhandlungen mit der I. G. Farbenindustrie eingeleitet hat. Dabei soll eine Aufteilung der Produktionsmenge auf dem Gebiete der Kohlenveredlung der Ammoniak-Stickstoff-Produktion und der Wälsch im Interessengemeinschaften beabsichtigt sein.

Das Organ des westdeutschen Kohlenkapitals, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, erklärt diese Meldungen für „auslich aus der Luft gegriffen“, deutet aber an, daß doch etwas dahinter steckt. Vorläufig geht jedenfalls der ererbte Konkurrenzkampf in den härtesten Formen weiter im Sinne des Spruches: „Wälsch du den Frieden, so bereite den Krieg vor.“

### Der Kampf um das Ferngas

Die „Allgemeine Zeitung für Kohlenverwertung“, in der der westdeutsche Braunkohlenbergbau seine Ferngas- und Fernheizgasinteressen zusammenfaßt, hat, ist am 31. Dezember 1926 formell in Wirksamkeit getreten, da von diesem Tage an die Bindung der beteiligten Jochen an die Bedingungen der Ferngas-A-G. eintritt. Eine Reihe von Jochen hat den Beitritt zu der Gesellschaft abgelehnt oder Reservations ausgesprochen, doch beträgt dieser Teil kaum 3 bis 4 Prozent des Braunkohlenbergbaus, so daß die neue Gesellschaft nahezu ein Monopol für Ferngas in West- und Mitteldeutschland besitzt. Da sie dieses Monopol nicht ausnutzen für die Profitinteressen des Bergbaues zu benutzen gedenkt, geht aus dem Verpflichtungswort hervor, der allen beteiligten Jochen zur Unterzeichnung vorgelegt wird, darin heißt es:

„Wir verpflichten uns, für die Dauer unserer Eigenschaft als Aktionäre der A-G. für Kohlenverwertung: 1. kein brennbares Gas an Dritte zu liefern; 2. keine Werke zu betreiben, die brennbares Gas an Dritte abgeben, noch derartige Werke ohne Zustimmung einer Dreiviertel-Mehrheit der Generalversammlung der A-G. für Kohlenverwertung mit Brennstoff zu beliefern, noch uns daran zu beteiligen; 3. keine Fernheizungsanlagen zu betreiben, uns daran zu beteiligen, oder ohne Zustimmung der Dreiviertel-Mehrheit Dritte mit Brennstoff oder mit Wärme aus unseren Betrieben für solche Zwecke zu beliefern.“

In diesem Verpflichtungswort kommt das Verhalten des Ferngasstrahls zum Ausdruck, die richtigen Energiequellen, die das heimische-mitteldeutsche Kohlenkapital allein nach seinem Gutdünken und in seinem Privatinteresse ohne Rücksicht auf die Konsequenzen zu nutzen. Das bedeutet nicht nur eine Schädigung der Gasverbraucher und der wertvollen Bevölkerung. Auch die jüngsten kapitalistischen Betriebe, die sich bisher mit der Gasverwertung der Städte befaßten, müssen sich dem Vorgehen des neuen Trusts bedroht fühlen. Die Folge war, daß eine der größten dieser privaten Gesellschaften, die „Deutsche Continentale Gas-Gesellschaft A. G.“ (Dessau) zu einem Gegenanschuhle. Sie erwarb den nach dem Bergwerkskonzern Gleiches Erben die im östlichen Westfalen gelegene Grube „Westfalen“, die nicht nur einen großen Reichtum von unerschlossenen Kohlenfeldern hat, sondern auch bedeutende und modern eingerichtete Druckerien besitzt.

In einer öffentlichen Kundgebung erklärt nun die Continentale Gas-Gesellschaft, sie sei nicht einverstanden, daß gerade die Braunkohlenkapitalisten, gleichwie wichtiger mitteldeutscher Konstruktion, die Verwertung des westdeutschen Kohlenkapitals und den Gasverbrauch fördern. Das ist ein deutlicher Seitenhieb auf den mitteldeutschen Bergbau. Dann wird weiter erklärt, daß die Gasverbraucherinteressen der Gesellschaft nur allein auf Mitteldeutschland und Groß-Berlin erstrecken und durch den Erwerb der Grube „Westfalen“ ausgebaut werden sollen. Das ist die Androhung eines offenen Konkurrenzkampfes gegen die Ferngasprojekte der Rheinisch-Westfälischen Schießlich fundiert die Gasgesellschaft noch an, daß sie sich gegebenenfalls mit anderen Interessenten zusammenschließen wird. Es ist nicht ganz klar, weshalb diese Art Forderung bedeuten soll, daß die Continentale Gasgesellschaft sich mit den lommunen Gaswerken zu einer Front der Gaswerke gegen den Bergbau verbinden will oder ob sie vielmehr daran denkt, sich mit denjenigen Jochen zusammenzutun, die der „Allgemeine Zeitung für Kohlenverwertung“ bisher ablehnend gegenüberstehen.

Wie dem auch sei, es steht fest, daß die westdeutsche Schwerkohlenindustrie im Begriffe steht, ein Gasmonopol zu errichten, das nicht die Gasverwertung wie die Kohlerzeugung, die wichtigsten Energiequellen des proletarischen Haushalts unter ihre Kontrolle stellt. Es ist unmöglich, die weitere Entwicklung dieser für viele Bevölkerungsteile lebenswichtiger Erzeugnisse dem kapitalistischen Konkurrenzkampf zu überlassen, denn das Ergebnis dieses Kampfes könnte nur zehrfachen Ver-

teuern Erwerbslosigkeit und den Konsumenten höhere Preise. Die Verstaatlichung des Braunkohlenbergbaus und die zentrale, im Reichsmaßstab planmäßig organisierte Ferngas- und Elektrizitätsverteilung sind das einzige Mittel, um das Ferngasproblem im Interesse der arbeitenden Massen zu lösen, aber von der deutschen Hindenburg-Republik ist eine derartige Lösung nicht zu erwarten, sie kann nur das Ergebnis des proletarischen Kampfes sein.

### Die Lage der Landwirtschaft

in den Wirtschaftsjahren 1924/1925 und 1925/1926

For einigen Wochen ist das dritte Ergänzungsheft zu den „Wirtschaftsjahren zur Konjunkturforschung“ erschienen. Bemerkenswert ist daran, daß es sich fast ausschließlich mit der Entwicklung der Wirtschaftslage in der Landwirtschaft seit 1924 beschäftigt. In einer der ersten Tabellen des Berichts wird auf die Mengen und den Wert der deutschen Roggenenergie im Reich und in 12 Mark-Bezirken in der Fortriezeit, dem Wirtschaftsjahre 1924/1925 und dem Wirtschaftsjahre 1925/1926 eingegangen. Wir registrieren, und zwar das, was über den Reichsbereichsbericht gelangt wird:

**Erntemengen: Wert der Ernte:**

Durchschnitt 1908 bis 1914 . . . 9 392 302 Tonnen 1 573 870 000 RM.  
Wirtschaftsjahr 1924/1925 . . . 5 728 985 Tonnen 1 247 138 000 RM.  
Wirtschaftsjahr 1925/1926 . . . 8 754 709 Tonnen 1 358 840 000 RM.

In einer weiteren Tabelle wird unterteilt, welche Gebroderträge pro Hektar Roggenenergie in der Fortriezeit dem Wirtschaftsjahre 1924/1925 erzielt wurden. Wir entnehmen auch daraus die Zahlen für das Reich:

**Durchschnittlicher Gebrodertrag pro Hektar in den Jahren:**

1908 bis 1924 . . . . . 488 Markt  
1924/1925 . . . . . 285 Markt  
1925/1926 . . . . . 288 Markt

Wie auf den Roggen, wird auch auf den Weizen eingegangen. Die Tabelle über die Mengen und den Wert der deutschen Weizenenergie in der Fortriezeit, dem Wirtschaftsjahre 1924/1925 und dem Wirtschaftsjahre 1925/1926 zeigt, wie weit das ganze Reich in Frage kommt, folgendes:

**Erntemengen: Wert der Ernte:**

Durchschnitt 1908 bis 1914 . . . 3 466 982 Tonnen 721 500 000 RM.  
Wirtschaftsjahr 1924/1925 . . . 2 427 408 Tonnen 503 768 000 RM.  
Wirtschaftsjahr 1925/1926 . . . 3 216 733 Tonnen 731 173 000 RM.

Diesen Angaben folgen dann solche über die Gebroderträge pro Hektar Weizenenergie in der Fortriezeit, in dem Wirtschaftsjahre 1924/1925 und dem Wirtschaftsjahre 1925/1926. Wir nehmen davon wieder die für das ganze Reich:

**Durchschnittlicher Gebrodertrag pro Hektar in den Jahren:**

1908 bis 1914 . . . . . 486 Markt  
1924/1925 . . . . . 381 Markt  
1925/1926 . . . . . 506 Markt

Von den weiteren Tabellen interessiert uns die, in der die Gebroderträge pro Hektar Weizenenergie mit denen pro Hektar Roggenenergie verglichen werden. Danach standen in der Fortriezeit die Gebroderträge pro Hektar Weizenenergie im Reichsbereichsbericht dann, wenn man Roggen gleich 100 nimmt, auf 114,8 im Wirtschaftsjahre 1924/1925 und auf 130,8 im Wirtschaftsjahre 1925/1926 auf 176,7.

Alle diese Angaben sind für uns sehr bedeutungsvoll. Sie beweisen klar und deutlich, daß wir auf richtigem Wege waren, wenn wir behaupteten, das Wirtschaftsjahr 1925/1926 ist trotz niedrigerer Roggenpreise (1924/1925: 220 RM. pro Tonne, 1925/1926: 170 RM.) besser als das vorhergehende Wirtschaftsjahr 1924/1925. Die Weizenenergie betrug 1924/1926 betragen: bei Roggen 11 802 000 RM. bei Weizen 227 407 000 RM., zusammen 339 209 000 RM. Der Wert der deutschen Weizenenergie im Wirtschaftsjahre 1925/1926 übertrifft sogar den durchschnittlichen Wert der Jahre 1908 bis 1914: 721 500 000 Markt, 1925/1926: 731 173 000 Markt - plus 63 673 000 Markt. Sehr interessant ist es, nach all diesen Berechnungen, aus einem Blick auf die Ergebnisse über Schließen, d. h. über jene Provinz zu werfen, in der die Vorkriegslage der Landwirtschaft besonders ungünstig ist und die Enttöschung der landwirtschaftlichen Unternehmer über die angeblich ungenügende Wirtschaftslage besonders groß ist. Wir stellen fest:

**Durchschnittlicher Wert der Roggenenergie in den Wirtschaftsjahren**

1908 bis 1914 . . . . . 115 143 000 Markt  
Wert der Roggenenergie im Jahr 1924/1925 . . . 152 700 000  
Wert der Roggenenergie im Jahr 1925/1926 . . . 148 566 000

**Durchschnittlicher Wert der Weizenenergie in den Jahren 1908 bis 1914**

Wert der Weizenenergie im Jahr 1924/1925 . . . 75 275 000  
Wert der Weizenenergie im Jahr 1925/1926 . . . 91 942 000

Innere Schuldsforderungen aus der Lastzeit: Allen Behauptungen der landwirtschaftlichen Unternehmer über die Wirtschaftslage in der Landwirtschaft ist mit größtem Misstrauen zu begegnen, und die Berechnung für eine betrübliche Erhöhung der Landarbeiterlöhne einzuwirken ist abgelehnt denn ja.

### Notarablaß von Kali im Monat Dezember

Der Ablass des Deutschen Kaliumkalis G. m. b. H. im Dezember 1926 betrug 337 290 Doppelcentner Kalium gegen 388 777 Doppelcentner Kalium im gleichen Monat des Vorjahres. Der Gesamtmonatliche Kalium im letzten Monat des Vorjahres, der Gesamtmonatliche Kalium in den ersten acht Monaten des laufenden Düngejahres betrug: 6 229 339 Doppelcentner Kalium gegen 6 466 763 Doppelcentner Kalium in den ersten acht Monaten des Düngejahres 1925/26. Der Ablass im Kalenderjahre 1926 betrug 10 987 138 Doppelcentner Kalium gegen 12 255 117 Doppelcentner Kalium im Kalenderjahre 1925.

Herabsetzung des Reichsbankdiskonts. Die Reichsbank hat den Wechseldiskont von 6 auf 5 Prozent herabgesetzt; der Lombardzinsfuß blieb unverändert 7 Prozent.

Zwei Milliarden Dollars neue Auslandsanleihen hat das amerikanische Kapital im Jahre 1926 geschickt. Davon entfallen 435 Millionen Dollars, mehr als die Hälfte des nach Europa abgeflossenen amerikanischen Kapitals, auf Deutschland.

Die russische Baumwollkampagne. Seit Beginn der diesjährigen Kampagne bis zum 1. Januar 1927 sind in der Sowjetunion insgesamt 430 258 T. Rohbaumwolle bereitgestellt worden, das sind 84,7 Prozent des Jahresanforderungslages. Davon entfielen 422 011 Tonnen (87,9 Prozent) auf Kalifornien-Mittelwolle und 81 217 T. (77 Prozent) auf Transkaukasien. In Baumwollspinnern sind bisher 87 282 T. genommen worden.

Neue englische Kaphthalinabfälle. Die neuen Kaphthalinabfälle „Grolene“ und „Alinet“, die auf dem Kontinent der Welt abgebaut wurden werden dieser Tage nach Batum abgehen. Die Baukosten haben 3,2 Mill. Rubel betragen. Es wird der Bau eines dritten Kaphthalinabfallwerkes mit einer Aufnahmefähigkeit von 3000 T. geplant.

# Gegen den Arbeitermord in Litauen

## Ueberfüllte Protestverammlung der holländischen Arbeiter — Bayern, das kleine Litauen — Das Zukunftsverbrechen an Max Hoels

### Die II. Internationale und der Faschismus

Mit dem Anbruch der jüdischsten Teile im internationalen Maßstabe müßt auch das Interesse der deutschen Arbeiterklasse an den außen- und innenpolitischen Vorgängen. Das zeigte sehr deutlich die gestrige Protestverammlung im „Volkspart“ gegen die Verordnungen der weissen Mandanten in Litauen. Keine Verammlung in den letzten Monaten hatte eine solche Besucherzahl aufzuweisen wie die gestrige, die von der Kommunistischen Partei und den anderen revolutionären Arbeiterorganisationen einberufen war. Der über zwei tausend Personen fassende große Saal des „Volkspart“ war überfüllt. Viele mußten stehen oder mit einem Blech in der Hand auf der Galerie sitzen. Es wäre wohl besser gewesen, wenn eine Parallelverammlung arrangiert worden wäre, denn zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen lehnten wieder um, da sie im großen Saal keinen Platz mehr fanden.

Nachdem die Tagesordnung „Kampf gegen den Faschismus“ gelehrt und die Genossin Reichert das Gedächtnis „Vier Kommunisten in Litauen ermordet“ vorgelesen hatte, erhielt der

Genosse Kohn (Litauen)

als erster Redner das Wort.

Obwohl Genosse Kohn die deutsche Sprache nicht fließend beherrscht, verstand er es dennoch ausgezeichnet, den Anwesenden die furchtbarsten Zustände, die das Terrorregime der jetzigen weissen Regierung in Litauen herbeiführt, zu schildern. Er gab zunächst einen geschichtlichen Überblick. Litauen, das ehemals zum russischen Reich gehörte, wurde nach dem Kriege eine selbständige Staatsmacht, mit einer sogenannten demokratischen Regierung. Die Sozialdemokratie Litauens war in der Regierung stark und ausschlaggebend vertreten. Als die Weissen, basierend auf der sozialdemokratischen Regierungsmänner Litauens einen erbitterten Kampf nur gegen die Kommunisten geführt. Die faschistischen Elemente konnten sich hingegen frei entfalten und darum brachte die Nacht vom 16. zum 17. Dezember 1926 für die Kommunisten keine Überraschung, als zu dieser Zeit, da die Regierung von den nationalen faschistischen Elementen zum Tode gelehrt wurde. Mit diesem Arbeitermord Litauens aber brachte dieser Unsturz blutige und entsetzliche Tage.

Wir wissen bereits aus anderen Ländern, zu welchen Verhältnissen die Reaktion führt. Die Denker in Litauen scheinen jedoch einen Rasend aufstellen zu wollen. Selten hat in einem Lande der Faschismus solch ein Ausmaß erreicht wie in Litauen.

Vier der besten Arbeiterführer des Landes wurden erschossen. Der Scheinmord gegen die Bauern nur wenige Stunden und das Tabakverbot wurde am „Heiligen Abend“ gesprochen. Im Montag darauf lebten diese Genossen schon nicht mehr.

Die Vorkämpfer sind sämtlich bekannte Offiziere der ehemaligen zaristischen Armee, die nun im Verein mit den Großgrundbesitzern die faschistische Diktatur errichtet haben. Der Hauptziele aber ist England, das dem Völkchen finanzierte und damit seine imperialistischen Interessen, die sich gegen das Arbeitervolk der Welt richten, fördert. Dieser sind nicht nur Arbeiter verurteilt, sondern denen über 30 vor das Feldgericht gestellt werden sollen. Es ist also damit zu rechnen, daß die litauischen Arbeiter weiter werden werden, wenn nicht die internationale Arbeiterklasse durch einen Massenstreik ein Ende macht.

Genosse Kohn betonte dann noch sehr scharf die Haltung der Sozialdemokraten in der 2. Internationale. Diese haben das geringste unternommen haben, um den faschistischen Vorhaben in den Arm zu fallen. Auf den Vorkämpfer der litauischen Arbeiter hat die 2. Internationale genau wie, daß bisher keine Gewerkschaftler erschienen seien! Der Redner forderte dann noch einige Protestmethoden dieser vertreten. Die Gewerkschaften zu erziehen, wodurch oftmals Verletzungen des Interesses vorgenommen, die die schlimmsten Krankheiten hervorrufen, ohne jedoch äußerlich Spuren der Missetat zu entdecken sind. Eine Jugendgenossenschaft wurde auf einen mit der elektrischen Leitung verbundenen Stuhl verbunden, der dann langsam am Strom gelöst wurde, bis das Mädchen sich wie ein Baum krümmte und wand.

Sie wurde wohnsinnig und fast wenige Tage nach dieser unmenslichen Folter.

Nachdem Genosse Kohn noch einige Angaben über die gemordeten Genossen gemacht hatte, aus denen hervorging, daß es sich um ernste und ernste Charaktere gehandelt hat, die großen Anteil an der praktischen Arbeit nahmen, übertrug er die Verlesungen auf, gegen die Hintermänner der jetzigen Unterregierung Litauens den härtesten Protest zu erheben und dafür zu sorgen, daß dieser Protest in jeder Verammlung, auf dem Lande, in den Betrieben und in sämtlichen Übernahm findet. Ein spontaner Hofruf auf die Arbeiterklasse Litauens auf die Weltrevolution bewies die Zustimmung der Verlesungen.

An die litauische Regierung in Kowno wurde sodann folgendes Telegramm gelangt:

Litauische Regierung Kowno.

Massenverleumdung holländischer Arbeiter erhebt allerhöchsten Protest gegen faschistisches Terrorregime in Litauen. Fordert Aufhebung des Belagerungszustandes, der Kriegsgerichtliche und sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Diesem entspricht die Genossin Kati Wittenberger (Bayern) das Wort. Sie knüpfte an die Ausführungen ihres Vorgesetzten an und wies nach, daß auch in Bayern der Terror gegen die Arbeiterklasse, hauptsächlich aber gegen die Kommunistische Partei gang und gäbe sei. Die Arbeiter, die bisher glaubten, den Mitteln der Demokratie zum Ziele gelangen zu können, müssen endlich aus den Tausenden ihre Lehren ziehen und einsehen, daß es eine Illusion ist, der sie sich hingeben. Die bayerische „Ordnungsgesellschaft“ bewies in Deutschland am treuesten, wozu der Weg geht, wenn den schwarzen Reaktionen freie Hand gelassen wird. Für die Arbeiter ist schon jetzt alles außer Achtlassen der politischen Verleumdungen, keine Redefreiheit, ja selbst Erholungsurlaubsgesetz proletarischer Organisationen wurden ihnen verboten. Sie erinnerte nochmals an die furchtbarsten Missetaten der Reichswehr, an den sogenannten Gelfemord, an die Schredensurteile der bayrischen Justiz und schließlich die Todes- und unerhörte Justizherrschaft gegen Arbeiter ausgerechnet den Arbeiter Graf Wetz aber als Nationalhelden frei herumlaufen läßt. Für Polizeiwache hatte die Regierung sieben Millionen Mark übrig, für die Sozialistischen Gewerkschaften bewilligte sie hingegen ganze 150.000 Mark. Zum Schluss forderte sie auf, auch gegen die Willkürherrschaft der bayerischen Regierung Protest zu erheben und weiterhin mit den bayrischen Genossen gemeint den härtesten Kampf gegen den Faschismus zu führen.

Hierzu wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

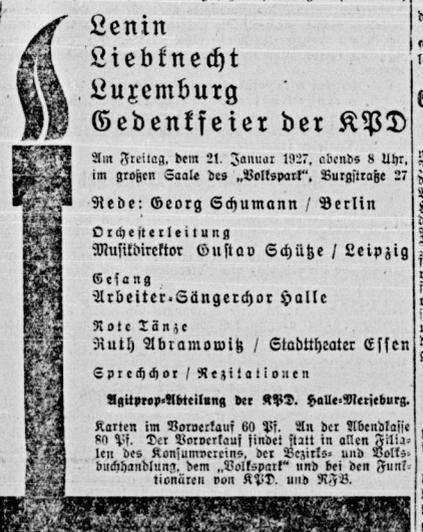
„Unser Interes erhebt im nationalen sowie internationalen Maßstabe den Protest gegen die Herrschaft der Faschisten, die in Litauen, in Bulgarien und Rumänien, der Umkreis in Polen und in Litauen zeigen die unendliche Gefahr für die Arbeiterklasse auf. Aber auch in Deutschland verläuft der Faschismus Waden zu gewinnen. In Bayern unterdrückt die reaktionäre Regierung jede revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse, besonders die Kommunistische Partei.“

Mit Entrüstung nimmt die zu Tausenden im „Volkspart“ zu Halle am 11. Januar verlesene Arbeiterklasse nach dem Bericht der Genossin Wittenberger, Witten, Kenntnis von dem Terrorregime der holländischen Regierung gegenüber der Kommunistischen Partei in Litauen.

Die Verlesungen fordern von der Reichsregierung Maßnahmen, die die Verleumdungsfreiheit in Bayern für die Kommunistische Partei und alle proletarischen Organisationen gewährleisten und geloben, gegen die reaktionäre Regierung Bayerns die gesamte weisse Bevölkerung Deutschlands zu mobilisieren.

Wieder mit dem Faschismus! Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der Werktätigen!  
Es lebe die SPD!

Nunmehr erhielt der Genosse Dombrowski das Wort, der über den Arbeitermord an Max Hoels referierte. Genosse Dombrowski zeigte tiefend die beiden Weltkriege, deren sich die internationale Arbeiterklasse zu unterdrücken hat, die internationalen Arbeiterklasse bedrohen. Es ist nicht der eigene Mord, wie er gegenwärtig in Litauen auf der Tagesordnung steht, mittels der sich die herrschende Klasse ihre Positionen sichert, dann ist es die Nachschuß, mittels der man die revolutionäre Arbeiterklasse zu unterdrücken versucht. Das zeigt am besten Fall Max Hoels, der trotz seiner erdrossenen Unschuld an dem Tode des Gutschütters sich noch immer in den Reden der Hindenburg-Republik schmachten muß. Der Oberreichsanwalt, der zum Justizminister ernannt wurde,



ein Wiederaufnahmeverfahren zu erwägen, läßt sich durch die vom selbigen Stimmes gerührte Telegramm-Initiative verlaßbar, daß ein solches Verfahren für Max Hoels auch dann nicht in Frage kommen dürfte, wenn man seine Unschuld im Falle Hoels als wahr unterstellen wollte, da seine holländischen Straftaten ausreichend seien, um die weitere Strafe als gerecht zu begründen. Ein neues Urteil würde auch nicht wesentlich milder ausfallen.

Der Redner wies darauf hin, daß Max Hoels allein im Falle Hoels zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, daß wegen dieses Falles der Eintragsantrag gegen die 2. Internationale beantragte, und trotz dieser schrecklichen Verurteilung man es an Oberrechtsanwalt zu laßen, daß ein eventuelles zweites Urteil doch nicht wesentlich anders als das erste ausfallen werde. Diese Tatsache zeigt wie viele andere der Gerechtigkeit heuchelnden Justiz die Nase vom Gehalt. Diese Tatsache läßt aber auch gleichzeitig die Schwäche der Nachschuß der Arbeiterklasse erkennen. „Nun ist auch das Zukunftsverbrechen heilig, wenn es sich als zweifelsfrei erwies.“

Nur die Furcht vor Max Hoels treibt die deutsche Justiz zu diesem offenen Bekenntnis infamer Scheinheiligkeit.

Die Meldung der Teil-Union nach die gesamte deutsche Arbeiterklasse hochrufen und auf den Plan rufen. Schluß mit der Klassenjustiz! Fort mit den reaktionären Richtern! Heraus mit Max Hoels und allen proletarisch-politischen Gefangenen!

Stürmische Zustimmung der mehr als 2000 Besucher bewies, daß Genosse Dombrowski im Sinne aller gesprochen hatte. Das zeigte auch die einstimmige Annahme folgender Entschließung: „Die heute, am 11. Januar 1927, zu Tausenden verlesenen Arbeiterinnen und Arbeiter von Halle nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der immer weitergehenden Verleumdung des Wiederaufnahmeverfahrens ihres Klassengenossen Max Hoels und der Erklärung des Reichsjustizministeriums durch die „AZ“, die eine große Verletzung der Öffentlichkeit und eine unerhörte Verletzung der Arbeiterklasse ist. Die einmündigen Zeugen, die durch das Schandurteil des wirtlichen Täters und die Überwindung der Ausagen des Hauptbelastungszeugen verlangen, daß der Genosse Hoels sofort auf freien Fuß gesetzt wird.“

Die Verleumdung fordert deshalb die mitteldeutsche Arbeiterklasse auf, sich einzusetzen für die Freilassung des Genossen Max Hoels; die Beschaffung der finanziellen Mittel, die notwendig sind, um das Verfahren durchzuführen.

Darüber hinaus verlangen die Verlesungen die Freilassung aller politischen Gefangenen.“

Ueber den internationalen Faschismus

Irach hierauf noch der Genosse Hans Schröder. Er referierte die wirtschaftlichen und politischen Ursachen, wie auf England hin, das sich zur Erreichung seiner imperialistischen Ziele auf den Faschismus stützt und aus diesem Grunde auch mit Italien ein Freundschaftsbündnis unterzeichnet. Er erinnerte an die vielen Thronkandidaturen, die anlässlich der künftigen Thronbesteigung in den Völkern lag, daß nun eine neue Epoche in der Welt-

geschichte angebrochen sei und zukünftig nicht mehr die Kanonen und Waffengewalt sprechen würden. Er erinnerte aber auch daran, daß an demselben Tage, an dem der Schwärze Witter Ohmbrant etwas von Völkern abberstet entfallt, Granaten über Menschenleben in China detonierten. Das ist die entsetzliche Epoche in der Weltgeschichte! Das ist der von den Weltimperialisten und Kapitalisten geschaffene Faschismus in seiner furchtbarsten Wirklichkeit. Die in Litauen wird auch in Deutschland die Reaktion die Oberhand gewinnen, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht jetzt genug zur Weich auftritt und in einheitlich geschlossener Front die Reaktion niedermurmt.

Genosse Schröder ging weiter auf die Haltung der deutschen Sozialdemokratie ein, die gegenüber der drohenden Gefahr blind zu sein scheint, dafür aber einen unerschütterlichen Eigenwillen gegen die Arbeiter und die Kommunisten führt. Der Granatensturm wird nicht von der bürgerlich-reaktionären Seite nicht mit solcher Intensität verbreitet und ausgeführt, wie von der sozialdemokratischen Seite. Zum Schluss seiner Ausführungen forderte Genosse Schröder die Verlesungen auf, nicht nur durch Worte und Resolutionen, sondern auch in der Tat den Kampf gegen die immer mehr und mehr erhaltende Reaktion aufzunehmen.

„Gleichen in die einheitliche rote Kampffront des revolutionären Proletariats!“

Kampf den Faschisten mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln!

Auch diese Ausführungen fanden stürmischen Beifall und ließen den Kampfgeist der holländischen Arbeiterklasse erkennen. Nachdem die rote Frontpartei-Kapelle noch zwei revolutionäre Lieder auf sehr auf Gehör gebracht hatte, fand die glänzend verlaufene Verammlung gegen 11 Uhr ihr Ende.

Einer von der sozialdemokratischen Arbeiter-Jugend

Zur gestrigen Verammlung wird uns geschrieben:

Bei der gestrigen Kundgebung gegen das litauische Terrorregime waren auch einige Angehörige der sozialdemokratischen Arbeiter-Jugend erschienen. Besonders ein Mitglied zeichnete sich während der Ausführungen des litauischen Genossen durch positives Verhalten aus. Diesem Genossen wurde ein Protesttelegramm an die litauische Regierung in Kowno überreicht. Das Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiter-Jugend lag grinsend mit verächtlichen Armen dabei. Der betreffende Jüngling, dessen Namen wir kennen, mußte sich von dem ausweisenden Schupo und Kriminalbeamten bedürfen lassen, die ebenfalls zum Zeichen des Protestes ihre Hand erhoben hatten. Er wurde von einem unserer Genossen umhantelt an der Schulter geschüttelt mit der Frage: Ob er ein Faschist sei. Der Betreffende wußte darauf nicht Rede und Antwort zu geben. Wir glauben, daß sich die Mitglieder der Arbeiterjugend mit diesem ihren Mitglied nicht identifizieren dürften.

Das unbeherrschbare „Volksblatt“

Wir erhalten von einer Reihe Lehrer der holländischen Weltlichen Schulen — und zwar von den ausschlaggebendsten — folgende Zuschrift:

Unter der Überschrift „Kampf der Unbeherrschbaren“ brachte das holländische „Volksblatt“ am Sonntag, dem 3. Januar, eine Artikel „Aus der Zeit“, in der auf plump Weise der „Klassenkampf“ angegriffen wird. Weder hat der Verfasser die Form zu gewählt, das zu schämen könnte, als ganze die Sache von Lehrern der Weltlichen Schule aus. Jeder, der als Lehrer oder Elternrat an unserer Schule mitarbeitet, weiß, daß dies nicht der Fall sein kann; für alle anderen aber soll es hier noch ausdrücklich betont werden: Die Weltliche Schule wird und will weiter mit den Kommunisten zusammenarbeiten und sich nicht nach angeblichen Parteizusammenhängen richten, die dem „Klassenkampf“ seine Aufhängescheit geben.

Wir glauben, daß dieser Brief für sich selbst spricht. Ohne unsere Stellungnahme zur Weltlichen Schule zu ändern, kann unsere Anerkennung darüber ausgesprochen werden, daß hier einmal in energischer Form von Nichtkommunisten die Gehässigkeit des „Volksblatt“ aufgedeckt worden ist.

An alle Kinder, welche am Vorbereitungsunterricht und an der Jugendweiche teilnehmen

Alle Kinder sowie die Eltern treffen sich am Sonntag, dem 16. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Volkspart“ zur gemeinsamen Einleitung des Unterrichts. Desgleichen treffen sich um 9 Uhr alle in Aussicht genommenen Lehrkräfte zwecks Entgegennahme der Lehrpläne und Besprechung des Lehrplanes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Verband für Fortbildung und Weiterbildung, c. B., Ortsgruppe Halle.

Schulentlassungsleiter und Erwerbslose

Die Schulentlassung steht vor der Tür. Die Teilnahme an den Jugendheimen und die damit verbundenen Ausgaben von Kleidung und Wäsche bringen neue Sorgen in die Familien der gehobenen und erwerbslosen Arbeiter. Diese Notlage wird von furchtlichen Organisationen ausgenutzt, um die Eltern und Kinder zu bewegen, an den Konfirmationen teilzunehmen. In diesem Falle wird nämlich die Ausstattung für die Kinder in Aussicht gestellt. Die Kirche ist aber eine der furchtlichsten Stützen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und somit ein Feind der Arbeiterbewegung. Hieraus erwächst die Pflicht für alle Werktätigen und alle proletarischen Kulturorganisationen, dafür zu sorgen, daß die Kinder der Erwerbslosen an den proletarischen Schulentlassungen teilnehmen können. Der helfen nicht Worte, sondern Taten.

Die Internationale Arbeiter-Friede will in ihren nächsten Wägen und Kleidungsstücke für die zur Schulentlassung kommenden Kinder anfertigen.

Insoweit die Ernährer erwerbslos oder gehemmt sind. Wir rechnen hierbei auf die weitestgehende Unterstützung der wertvollen Bevölkerung. Die Zahlstellen der Gewerkschaften und Kulturorganisationen fordern wir auf, uns durch Zurechnung von Geldbeträgen bei dem Anlauf von Stoffen zu helfen.

Für unsere nächsten Bedürfnisse wir noch eine Anzahl Mitarbeiterinnen. Keine Rede wird, wenn es gilt, unteren in Not gestetzten Arbeitsschwestern und -schwestern zu helfen.

W.S., Ortsgruppe Halle.

Band der Freunde der W.S., c. B., Halle-Merleburg.

Erwerbslose, Arbeiter, Anestellte, Beamte! — Öffentliche Erwerbslosen-Versammlung. Freitag, vormittag 10 1/2 Uhr, im „Volkspart“

Thema: Zeit vom 23. und Reichserwerbslosenkongress :: Referente: Ein Delegierter vom Reichserwerbslosenkongress und Genosse Kallan. Der Erwerbslosen-Ausschuß







